lungen aufseiten von Ecuador und Bolivien nicht fortgesetzt werden. Die EU hat allerdings immer wieder betont, dass die bilateralen Abkommen mit Kolumbien und Peru eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den anderen Andenpakt-Staaten nicht ausschließen. Ecuador hat sich nun zur Wiederaufnahme dieser Verhandlungen entschlossen, was von der Bundesregierung begrüßt wird. Über die Gründe der ecuadorianischen Regierung kann die Bundesregierung keine Auskunft geben, allerdings ist anzunehmen, dass Ecuador nach sorgfältiger Prüfung die Vorteile eines Abkommens erkannt hat. Ein mögliches Abkommen mit Ecuador sollte – schon aus Gründen der Gleichbehandlung – hinsichtlich Zielsetzung, Inhalt und wechselseitigen Verpflichtungen denjenigen mit Peru und Kolumbien entsprechen. Dies ist auch Grundlage für die Wiederaufnahme der Verhandlungen.

6. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wurde die Genehmigung nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen für den Export von Fuchspanzern und deren Komponenten nach Algerien erteilt, und liegt zwischenzeitlich auch die Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz vor?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski vom 7. Juli 2014

Am 22. Juli 2011 wurde eine Herstell- und Beförderungsgenehmigung nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen für den Export von Transportpanzern des Typs Fuchs 2 nach Algerien erteilt. Die entsprechende Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz wurde am 22. November 2011 erteilt. Am 5. August 2013 erging ein Bescheid über eine weitere Beförderungsgenehmigung nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen für Teilesätze zur Herstellung von Transportpanzern des Typs Fuchs 2 in Algerien. Die entsprechende Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz datiert vom 28. November 2013.

7. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung, künftig Endverbleibskontrollen nach Rüstungsexporten einzuführen, und wenn ja, in welcher Form?

Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer vom 9. Juli 2014

Die Bundesregierung prüft derzeit, ob und gegebenenfalls durch welche Maßnahmen, einschließlich der möglichen Durchführung so genannter Post-Shipment-Kontrollen, die Endverbleibssicherung bei Rüstungsexporten gestärkt werden kann. Hierzu hat es erste Gespräche der betroffenen Ressorts auf Fachebene gegeben.